

Eggers, Gerd

"Nun sag', wie hast du's mit der Religion?". Erlebnisse und Reflexionen um einen Brandenburger Modellversuch im Kontext gesamtdeutscher Schulreform

Dudek, Peter [Hrsg.]; Tenorth, Heinz-Elmar [Hrsg.]: *Transformationen der deutschen Bildungslandschaft. Lernprozeß mit ungewissem Ausgang*. Weinheim u.a. : Beltz 1993, S. 61-72. - (Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft; 30)



Quellenangabe/ Reference:

Eggers, Gerd: "Nun sag', wie hast du's mit der Religion?". Erlebnisse und Reflexionen um einen Brandenburger Modellversuch im Kontext gesamtdeutscher Schulreform - In: Dudek, Peter [Hrsg.]; Tenorth, Heinz-Elmar [Hrsg.]: *Transformationen der deutschen Bildungslandschaft. Lernprozeß mit ungewissem Ausgang*. Weinheim u.a. : Beltz 1993, S. 61-72 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-105923 - DOI: 10.25656/01:10592

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-105923>

<https://doi.org/10.25656/01:10592>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.
This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Zeitschrift für Pädagogik

30. Beiheft

Zeitschrift für Pädagogik

30. Beiheft

Transformationen der deutschen Bildungslandschaft

Lernprozeß mit ungewissem Ausgang

Herausgegeben von

Peter Dudek und H.-Elmar Tenorth

Beltz Verlag · Weinheim und Basel 1993

Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder ähnlichem Wege bleiben vorbehalten. Fotokopien für den persönlichen oder sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopie hergestellt werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benützte Kopie dient gewerblichen Zwecken gem. § 54 (2) UrhG und verpflichtet zur Gebührenzahlung an die VG Wort, Abteilung Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, von der die einzelnen Zahlungsmodalitäten zu erfragen sind.

© 1993 Beltz Verlag · Weinheim und Basel

Herstellung (DTP): Klaus Kaltenberg

Satz: Satz- und Reprotechnik GmbH, Hemsbach

Druck: Druck Partner Rübelmann GmbH, Hemsbach

Printed in Germany

ISSN 0514-2717

Bestell-Nr. 41131

Inhaltsverzeichnis

PETER DUDEK/H.-ELMAR TENORTH

Vorwort.....	7
--------------	---

I.

SIEGFRIED WOLF

Worte, in den Wind gesprochen.....	13
------------------------------------	----

II.

KLAUS JÜRGEN TILLMANN

Staatlicher Zusammenbruch und schulischer Wandel. Schultheoretische Reflexionen zum deutsch-deutschen Einigungsprozeß.....	29
--	----

GUNDEL RICHTER/BERND-REINER FISCHER

Städtischer Schulalltag im Wandel. Eine Lehrerperspektive.....	37
--	----

BENNO HAFENEGER

Aus westlicher Sicht. Ein Bericht über Lehr-Erfahrungen im revolutionären Wandel	49
--	----

GERD EGGERS

„Nun sag’, wie hast du’s mit der Religion?“ Erlebnisse und Reflexionen um einen Brandenburger Modellversuch im Kontext gesamtdeutscher Schulreform	61
--	----

III.

ULRICH WIEGMANN

SED-Führung – Administration – erziehungswissenschaftliche Zentrale. Zur Entwicklung der Machtverhältnisse im Volksbildungsbereich der DDR an der Schwelle zur „entwickelten (real)sozialistischen Gesellschaft“	75
--	----

HEIKE KAACK

Reform im Wartestand. Die Bildungspolitik der DDR im Sommer 1989.....	89
---	----

BERND-REINER FISCHER

Ein auslaufendes Modell. Das Verschwinden des DDR-Wissenschaftlers	103
--	-----

WOLFGANG EICHLER/CHRISTA UHLIG

Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR	115
---	-----

HELGA GOTSCHLICH

Wie gründet man ein Institut?	127
-------------------------------------	-----

IV.

CHRISTINE LOST

Der pädagogisch-totalitäre Anspruch in der DDR. Seine Entwicklung an Beispielen 139

GERNOT BARTH

Bildung und Politik. Humboldt und die DDR-Pädagogik 149

LOTHAR WIGGER

Die Wende der DDR-Pädagogik. Eine Inhaltsanalyse von „Pädagogik“ und
„Pädagogik und Schulalltag“ 161

WOLFGANG SEITTER

Abwicklung museal geronnener Geschichte. Bemerkungen
zur museumspädagogischen Arbeit in der DDR 181

V.

CHRISTOPH FÜHR

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Lehrerbildung in den neuen Ländern.
Ihre Entstehung und ihre Zielsetzungen 195

WOLFGANG EDELSTEIN/ULRICH HERRMANN

Potsdamer Modell der Lehrerbildung 199

HEINZ-HERMANN KRÜGER/THOMAS RAUSCHENBACH

Über die Schwierigkeiten deutsch-deutscher Annäherung. Notizen zum „Neuaufbau“
der Erziehungswissenschaft am Beispiel Halle 219

PETER MENCK

Pädagogik in und nach der Wende. Ein Beispiel 237

VI.

ELKE BOVIER/KLAUS BOEHNKE

Einheit? Ein Vergleich der Werthaltungen von Ost- und Westberliner
Lehramtsstudentinnen und -studenten vor der Währungsunion 245

BERND STICKELMANN

Sozialpädagogik als Westimport? Erfahrungen in der Fortbildung 259

YVONNE G. LÜDERS

Protokoll eines schwierigen Forschungseinstiegs 273

HELMUT HAFEMANN

Von der Schwierigkeit, Demokratie und Selbstorganisation einzuüben.
Erfahrungen im Aufbauprozeß des Landesjugendrings Thüringen 283

VII.

PETER DUDEK/H.-ELMAR TENORTH

Transformationen der deutschen Bildungslandschaft. Rückblick in prospektiver
Absicht 301

Autorenspiegel 329

„Nun sag', wie hast du's mit der Religion?“¹

*Erlebnisse und Reflexionen um einen Brandenburger Modellversuch
im Kontext gesamtdeutscher Schulreform*

9. November 1989 in der Berliner Kongreßhalle am Alexanderplatz. Mehr als tausend Eltern, Lehrer und Schüler sind dem Aufruf zu einem *Forum Bildungsnotstand* gefolgt. Initiator des Forums war KARL-FRIEDRICH WESSEL, ein Wissenschaftler der Berliner Humboldt-Universität, mit seinen Mitarbeitern im Projekt „Biopsychosoziale Einheit Mensch“. Kritik am bereits zusammenbrechenden realsozialistischen Bildungssystem mischt sich mit Vorschlägen zur Erneuerung. Visionen entstehen von möglicher Selbstbestimmung. Dann sickert die Nachricht von der bevorstehenden Öffnung der Mauer durch. Vierzehn Tage später die Fortsetzung des Forums: Es sind nicht mehr ganz so viele gekommen, dennoch, der Kuppelsaal der Kongreßhalle ist gefüllt. Es wird vorgeschlagen, das Forum zum Ausgangspunkt einer Reformbewegung zu machen, der „Volksinitiative Bildung“. Am gleichen Abend bildet sich eine Vielzahl von Arbeitsgruppen: zur Reform der musisch-ästhetischen Bildung, der Unterstufe, zur Integration von Behinderten, zur Freizeiterziehung, zur Hilfe für Heimkinder, zur Erneuerung des Allgemeinbildungskonzepts u.a.m.

Ich schließe mich einer Gruppe von Eltern und Lehrern an, die sich vornimmt, einem neuen Unterrichtsfach und -prinzip zum Durchbruch zu verhelfen. Nach Namensvorschlägen wie „Soziales Lernen“, „Lebenskunde“ u.ä. entscheiden wir uns schließlich für die Bezeichnung „Lebensgestaltung“. Ich bin froh, nach Jahren erfolgloser Versuche, zur Aufwertung individueller Lebensfragen in der Schule beizutragen, eine entschlossene Gruppe Gleichgesinnter gefunden zu haben, zudem in einer innovationsträchtigen Situation.

Wir ahnten damals jedoch noch nicht, daß schon einige Monate später ein sehr ungleicher Kampf gegen neue Bürokratisierung und Ideologisierung beginnen würde.²

Die bildungspolitische Entwicklung in den meisten der neuen Länder ist inzwischen über unsere und anderer Reformideen aus der Wendezeit fühllos hinweggegangen. Daß dennoch etwas von unseren Vorstellungen überdauert hat, im Konzept des Brandenburger Modellversuches zu einem neuen Fach und Lernbereich „Lebensgestaltung-Ethik-Religion“, verdanken wir der Entschlossenheit einiger Mitglieder unserer Gruppe – und den ausgesprochen günstigen Bedingungen für Bildungsinnovationen im Land Brandenburg.

Im Konzept dieses Modellversuches „Lebensgestaltung-Ethik-Religion“ haben sich die Ideen der Wendezeit auf einen gemeinsamen, von Macht- und Ideologieinteressen abgeschirmten Diskurs zu Fragen des Lebens in der Schule auf originelle Weise verdichtet.

1 Faust, Szene XVI.

2 KATHARINA DANG hat in der Evang. Zeitschrift „die zeichen der zeit“ über diese Auseinandersetzungen berichtet (1991). Zahlreiche Materialien aus unserer Arbeit enthalten die als Manuskriptdrucke in kleiner Auflage erschienenen Hefte „Lebensgestaltung – Prinzip der Allgemeinbildung und Unterrichtsfach in einer erneuerten Schule“ und „Das neue Unterrichtsfach Lebensgestaltung/Ethik – Empfehlung und Beiträge zur Erarbeitung der Rahmenrichtlinien“ (Volksinitiative Bildung [1] und [2]).

Der Modellversuch ist zugleich – wie auch die Resonanz aus den alten Bundesländern zeigt – eine Herausforderung an das spätestens seit den 60er Jahren historisch überfällige – und dennoch auch den Eltern und Schülern der meisten neuen Bundesländer übergestülpte – Modell des konfessionellen Religionsunterrichts und des Religionersatzfaches Ethik, ein Modell, bei dem die Schüler für die Erörterung wesentlicher Fragen ihres Lebens nach Bekenntnissen und Weltanschauungen verantwortungslos getrennt werden, statt ihnen Möglichkeiten für horizonterweiternde Verständigung, für bewußte soziale Erfahrung, für Einübung in Toleranz und Gemeinsamkeit zu schaffen.

1. Vom Fahnenappell zum Schulgebet? Schule in den neuen Bundesländern zwischen Öffnung und Rekonfessionalisierung

Die Zeit der breiten Öffnung der Schule für den von vielen Schülern, Eltern und Lehrern ersehnten unbelasteten und nicht kanalisierten Dialog unterschiedlicher Weltansichten und Lebensanschauungen in der Schule war nur kurz (vgl. auch EGGERS 1991a, 1991c). Bereits im Sommer 1990 begannen der (katholische) Minister für Bildung und Wissenschaft, Prof. MEYER, und der (evangelische) Staatssekretär, Dr. REIHER³ mit der Anbahnung des Religionsunterrichts für die neuen Länder. Nur wenige Monate zuvor hatte Dr. REIHER, ehemals als Leiter der kirchlichen Erziehungskammer für die Christenlehre in Berlin (Ost) und Brandenburg zuständig, erklärt, daß „nach den Erfahrungen mit einer repressiven Weltanschauungsschule ... die Forderung nach Einführung eines Faches Religionskunde an den Schulen der DDR“ nicht mehrheitsfähig sei. Die Beteiligung kirchlicher Mitarbeiter an der Schulreform richte sich auf „eine weltanschauungsoffene und bekenntnisfreie Schule“ („Religionskunde“ ... 1990).

Die Zeit der engagierten Mitwirkung der Kirchen an der Reform, z.B. bei der Einbeziehung religionskundlichen Wissens in verschiedene Unterrichtsfächer oder bei der Gestaltung eines pluralistischen Dialogs der Meinungen, war damit vorbei. Nunmehr galt es den eigenen Besitzstand an Schule zu erobern und möglichst bald zu sichern.

Ein verantwortungsbewußtes Bedenken der spezifischen Situation in der (ehemaligen) DDR, wie es noch in einem Papier des Bundes der Evangelischen Kirchen der DDR vom April 1990 zum Ausdruck kam (Kommission für kirchliche Arbeit ... 1990), war nicht mehr gefragt. Ein Theologe hatte noch im August 1990 gewarnt:

„Die bevorstehenden Länderverfassungen der DDR sollten nicht die Möglichkeit für ein Fach Religionsunterricht/Religionskunde an den Schulen eröffnen. Auch im Ministerium für Bildung sollte man nicht die Weichen für die Anreize von Religionslehrern an den Schulen stellen. Nach der Ära mit der führenden Rolle der Partei und dessen, was als Ideologie der Arbeiterklasse ausgegeben wurde, wäre Religionsunterricht an der Schule der sichtbare Ausschlag des Pendels nach der anderen Seite. Es schlug – fataler Eindruck – der Seite zu Buche, worauf geschrieben steht: Und nun sind wir wieder einmal dran, wir Religionslehrer statt Stab-/Lehrer, wir Kirchenleute statt SED-Direktoren, Gemeindeführer statt FDJ-Studienjahr. Verleumden will ich niemanden, aber die Absicht hat nun mal keinen guten Leumund ...“ (ROEBER 1990).

Anläßlich eines Forums im November 1990 hat der Schülerpfarrer für Berlin (Ost) und Brandenburg, KNUTH FISCHER, zehn Thesen zum Religionsunterricht an den Schulen der ehemaligen DDR zur Diskussion gestellt. Nach der Kennzeichnung der spezifischen Ausgangssituation und bisheriger Entscheidungsprozesse unterbreitet er folgende Vorschläge:

3 Ab Juli 1992 seitens der Evangelischen Kirche verantwortlich für den Religionsunterricht im Land Brandenburg.

- „Für den Unterricht an den Schulen in den 5 neuen Bundesländern sehe ich es als notwendig und gut an:
- Religionen und das Christentum sollten keine Tabuthemen mehr sein, sondern in den Lehrstoff der Fächer Deutsch, Geschichte, Kunsterziehung, Musik, Heimat- und Gesellschaftskunde aufgenommen werden.
 - Ein obligatorisches Lehrfach: Ethik/Lebensgestaltung sollte eingeführt werden. In diesem Fach muß der/die LehrerIn zum Dialog verpflichtet werden; Dialog mit den SchülerInnen, Dialog in der Darstellung der Inhalte, in dem der/die LehrerIn ... sich VertreterInnen z.B. der Kirchen in den Unterricht einläßt. Die Kirchen sollten in diesem Fach ihren Platz gesichert bekommen, um sich ausreichend und zusammenhängend darstellen zu können; weiterhin, um zu bestimmten „Projekten“ mit anderen Weltanschauungen vor den SchülerInnen in den Streit zu treten. Dieses Recht gilt dann auch für die anderen Weltanschauungen und Weltreligionen.
 - Kirche kann so an der Schule für alle SchülerInnen dasein.
 - Christliche Unterweisung sollte weiterhin räumlich und institutionell von der Schule getrennt sein, denn in der Gemeinde hat sie ihren sinnvollen Zusammenhang.
 - Diesen kirchlichen Unterricht kann die Schule als fakultativen Unterricht anerkennen.“ (Vollständig zitiert in EGGER 1990a, S. 41–42.)

Die sinnngemäße Übernahme der Regelung des Artikels 7 Absatz 3 des Grundgesetzes (Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach) für die Länderverfassungen und Schulgesetze von Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern erfolgte indes schneller, als selbst von Insidern erwartet. Die sogenannte „Gemeinsame Einrichtung der neuen Länder“, die Nachfolgeeinrichtung des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft der DDR, hatte noch empfohlen, etwa 2–5 Jahre mit Festlegungen zu warten.

In öffentlichen Diskussionen mit Kirchenfunktionären hat mich immer wieder die Leichtigkeit verwundert, mit der man über die besondere Befindlichkeit der (ehemaligen) DDR-Bürger hinsichtlich Weltanschauung und Religion hinwegging und sich hinter dem (angeblich) für die neuen Länder verbindlichen Artikel 7 Absatz 3 des Grundgesetzes versteckte.

In Wahrheit bestand diese Verbindlichkeit nicht, und dies mit vollem Wissen von Kirchenleitungen, wie aus einem internen Papier hervorgeht (Anlage 2 ... 1990):

„Während der Bundessynode kam mir ein weiteres Votum zur Geltung von Art. 141 des GG für die Länder der DDR zu Kenntnis. Prof. AXEL FREIHERR VON CAMPENHAUSEN, kirchenrechtliches Institut der EKD, unterstützt das in Anlage 1 Ihnen mitgeteilte Votum von OKR HOFMANN. Zu Ihrer Kenntnis bekommen Sie als Anlage eine Zusammenfassung der Bestimmungen zum RU in den Länderverfassungen bis 1949.

Das bedeutet, daß die Länder frei sind, entweder auf Art. 7(3) Bezug zu nehmen oder auf Art. 141.⁴ Vielleicht können die Gesetze so offen sein, daß zunächst Erfahrungen zu sammeln sind, bevor es zu bindenden Festlegungen kommt ...“

Ich bin in den letzten beiden Jahren ziemlich illusionslos geworden, was die Möglichkeiten eines freien Dialogs von Lebensanschauungen an den Schulen der neuen Länder betrifft, die nach jahrzehntelanger Indoktrination zur Erneuerung doch so wichtig wäre.

Fürsprecher der Einführung des Religionsunterrichts haben immer wieder versucht, Gegner oder Zweifler mit der Behauptung zu entkräften, moderner Religionsunterricht habe eigentlich mit konfessioneller Glaubensunterweisung, die eingestandenerweise ihren guten Platz im Raum der Kirchgemeinde hat, nicht mehr das geringste zu tun.

Die Vorläufigen Lehrplanhinweise für den evangelischen und katholischen Religionsunterricht Thüringens vom Juli 1991 zeichnen da ein anderes Bild:

„Allgemeines Ziel des [evangelischen; G.E.] Religionsunterrichts ist es, im Horizont des Glaubens an Jesus Christus das Religiöse als ein menschliches Grundphänomen zur Erschließung und Sinndeutung von Welt und Mensch zu erfahren. Insbesondere soll er ermutigen und befähigen zu eigenverantwortlichem Handeln in der Verantwortung vor Gott und dem Mitmenschen ...“

4 Art. 141 ist die sog. „Bremer Klausel“. Sie ermöglicht einem Land der Bundesrepublik, in dem zum 1.1.1949 eine andere landesrechtliche Regelung (als Religionsunterricht = ordentliches Lehrfach) bestand, eine von Art. 7(3) abweichende Regelung zu treffen.

[Katholischer; G.E.] „Religionsunterricht ist Dienst der Kirche am heranwachsenden Menschen. Die zentralen Aussagen der christlichen Botschaft und ihre Entfaltung im Glauben und Leben der Kirche werden vermittelt und in wechselnden, erfahrungsbezogenen Zugängen dargestellt. Von innen her soll das Kind dem Credo der Kirche begegnen und Kenntnis des Glaubens erlangen ...“

(Vorläufige Lehrplanhinweise [1] u. [2])

Auf die Folgen der Einbeziehung einer großen Anzahl von Kindern und Jugendlichen ohne jegliche religiöse Sozialisation, wie es für die DDR typisch war, in den konfessionellen Religionsunterricht hat kürzlich KATHARINA DANG in ihren Thesen zum Problem von Religion und Schule hingewiesen. Den Lehrern ist es unter diesen Bedingungen unmöglich, „eine positive bzw. offene Beziehung zu religiösen Fragen zu vermitteln, da das Zeitlimit von 2 Wochenstunden ab Klasse 1 in keinem Verhältnis zum Erleben von Religion bei den Kindern und Jugendlichen steht. Durch das Überangebot an Wissen zu einem den Kindern und Jugendlichen fremden Gegenstand entsteht bewußte Ablehnung des Wissens über Religiöses, besonders über das Christentum, bzw. es wird die vorhandene Ablehnung verstärkt.“ (*Engagement für Lebensbildung ...* 1992)

Es würde mich übrigens angesichts der verbreiteten Unfähigkeit, Befindlichkeiten wahrzunehmen, nicht verwundern, wenn in nächster Zeit – um zur etwas provokativen Überschrift dieses Abschnittes zurückzukommen – auch das Schulgebet in einigen Regionen der ehemaligen DDR wieder eingeführt würde. Denn: Hatte sich doch erst Mitte 1989 Kultusminister MEYER-VORFELDER für die (Wieder-)Einführung des Schulgebets in Baden-Württemberg eingesetzt und dafür den Erlanger Professor für öffentliches Recht und Verwaltungsrecht LECHERER der Frage nach der Zeitgemäßheit einer solchen Maßnahme nachgehen lassen. LECHERER kam zu dem Ergebnis – so die Frankfurter Allgemeine vom 5.7.1989: „Über den Protest Andersdenkender wird das Schulgebet zum Prüfstein der demokratischen Reife – für die betenden Schüler wie für diejenigen, die das Gebet ablehnen.“

Und die demokratische (Nach-)Reifung haben wir in den neuen Ländern doch besonders nötig.

2. *Brandenburg: Innovation contra neuer Konformismus*

2.1 *Das Brandenburger Konzept für den neuen Lernbereich*

„Lebensgestaltung-Ethik-Religion“. Entstehungsbedingungen und Quellen⁵

Während die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sich auf die gesetzliche Einführung konfessionellen Religionsunterrichts als ordentlichem Lehrfach vorbereiteten und für Ostberlin das Westberliner Schulgesetz mit seiner besonderen Regelung (Religionsunterricht als Wahlfach) gültig werden sollte, wurde in der Brandenburger Koalitionsvereinbarung von SPD, FDP und Bündnis '90 festgeschrieben, daß Brandenburg sich auf einen konfessionell nicht gebundenen Unterricht in „Religions- und Lebenskunde“ orientiert.

Diese Festlegung in der Koalitionsvereinbarung und das Engagement der Ministerin für Bildung, Jugend und Sport, MARIANNE BIRTHLER, sowie ihres Ministeriums waren Voraussetzungen für die Entstehung eines innovativen Konzepts, welches sowohl den Gegebenheiten in den neuen Bundesländern wie auch einigen Bestrebungen zur Reform des Religionsunterrichts in den alten Bundesländern weitgehend entspricht.

5 Zum Brandenburger Modellversuch vgl. auch *Gemeinsam leben lernen* [1], [2], DOYE (1991), EGGERS (1991b)

MARIANNE BIRTHLER, Gründungsmitglied der DDR-Oppositionsgruppe „Initiative für Frieden und Menschenrechte“, in der Wende engagiert am Runden Tisch Bildung, hat die Förderung von Selbstbestimmung zu ihrem bildungspolitischen Credo gemacht:

„Im Mittelpunkt aller pädagogischen und strukturellen Überlegungen steht für die Bildungspolitik das Bild des selbstbestimmt lebenden Menschen, der sein Recht wahrnimmt, sich jene Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen, die er für die Bewältigung seines Lebens benötigt und die ihn in die Lage versetzen, Konflikte gewaltfrei zu bearbeiten, Fremdes zu akzeptieren und die natürliche Umwelt zu respektieren und zu schützen.“ (BIRTHLER 1990, S. 3)

Auf ihre Haltung zum Religionsunterricht angesprochen, äußerte sie sich gegenüber der Märkischen Oderzeitung am 28.1.1989:

„Ich habe keinerlei Interesse daran, daß christliche Unterweisung in Brandenburg zu kurz kommt. Ich war selbst über Jahre Katechetin. Und es gibt gute Erfahrungen mit den christlichen Unterweisungen in den Gemeinden. Ich denke, dort hat sie ihren Platz im Leben und sollte dort bleiben. Etwas anderes ist das in den letzten Jahren entstandene Defizit an Wissen über Religion. Ein Fachbereich Ethik, Lebenskunde, Religionskunde gehört natürlich in die Schule.“

Damit war Offenheit, Interesse für gegenüber dem konfessionellen Religionsunterricht alternative Lösungsangebote gegeben.

Für uns Engagierte aus der „Volksinitiative Bildung“, die sich seit der Wende für ein integratives Fach und Unterrichtsprinzip „Lebensgestaltung“ eingesetzt hatten, war damit die Hoffnung verbunden, daß wenigstens in einem der neuen Länder auch das ja nicht seltene Bedürfnis der Kinder und Jugendlichen nach einem freien, nicht in irgendeiner Weise kanalisierten bzw. ideologisierten Meinungsaustausch zu Lebensfragen ernst genommen wird.

In dem Anfang 1990 veröffentlichten Positionspapier der AG Allgemeinbildung und Lebensgestaltung der „Volksinitiative Bildung“ war ein neues Allgemeinbildungskonzept gefordert worden, „das die Befähigung des Menschen zur selbstbestimmten und sinnvollen Gestaltung seines Lebens“ in das Zentrum rückt (Lebensgestaltung als Bildungsprinzip). Weiterhin sollte ein neues, integratives Unterrichtsfach Lebensgestaltung die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen durch ihre Schulzeit ganzheitlich begleiten, in seinen Inhalten, Methoden und Organisationsformen weitestmöglich von den Bedürfnissen der Schüler her bestimmt. Inhalte sollten alle interessierenden Lebensfragen sein, von der Gestaltung sozialer Beziehungen, Fragen der Identitätsfindung bis zu Fragen im Zusammenhang mit Krankheit und Leidbewältigung, Sterben und Tod. (Veröffentlicht u.a. in Volksinitiative Bildung [1], S. 8–10, EGGERS 1991a, S. 26–28.)

Im Dezember 1990 gründeten wir in Potsdam einen Arbeitskreis, der sich dann ab Januar 1991 aktiv an der Entwicklung des Brandenburger Konzepts für einen integrativen Unterricht zu Lebensfragen beteiligte. Dem Arbeitskreis gehörten eine Reihe engagierter Christen an, vornehmlich aus dem Bereich kirchlicher Kinder- und Jugendarbeit, bzw. arbeiteten von Zeit zu Zeit mit ihm zusammen. In den vielen Beratungen des Arbeitskreises haben wir den Dialog praktiziert, wie wir ihn auch für die Schule wünschen.

Eine Reihe von Vorschlägen aus dem Arbeitskreis fanden Eingang in das Konzept des Modellversuchs.

Neben den Vorschlägen der „Volksinitiative Bildung“ für ein integratives Fach „Lebensgestaltung“ war der Vorschlag für die Einführung eines obligatorischen Faches „Ethik“ an den Schulen der ehemaligen DDR eine weitere wichtige Quelle für das Kon-

zept des Modellversuches. Er wurde in einem Diskussionspapier unterbreitet, das im April 1990 von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für die Gliedkirchen in der DDR zustimmend zur Kenntnis genommen worden war. In dem Papier heißt es u.a.:

„Bei der Erörterung der zukünftigen Gestaltung kirchlichen Lebens und im Gespräch mit den Kirchen der EKD ist die Frage nach einem *Religionsunterricht als ordentlichem Lehrfach* an den Schulen entstanden (Art. 7, GG). Beim Bedenken der Frage ist deutlich geworden, daß der Religionsunterricht in der Bundesrepublik von einem volkskirchlichen Hintergrund ausgeht ...

Durch die über vierzigjährige DDR-Geschichte ist es bei uns zu einer mehrheitlich säkularisierten Situation gekommen. Damit ist keine Vergleichbarkeit zur schulischen Situation in der Bundesrepublik gegeben, in die der Religionsunterricht eingebunden ist ...“

Auf diesem Hintergrund, zu dem nach Meinung der Autoren auch die fehlgeschlagene Einbindung religionskundlicher Inhalte in das Fach Gesellschaftskunde gehört, sollte „die Einführung eines Faches *„Ethik“*“ als ordentliches Lehrfach in allen Jahrgängen vorgesehen werden. Mit diesem Fach wäre die Möglichkeit eröffnet, Kinder von der 1. Klasse an mit Fragen der Sinndeutung zwischenmenschlicher Beziehungen, der Werte und Normen usw. zu befassen ...

In allen Bundesländern der Bundesrepublik gibt es dieses Fach „Ethik“ (z.T. „Werte und Normen“, „Religionskunde“ als sogenanntes „Ersatzfach“ gemäß Art. 7 GG) aufgrund zunehmender Abmeldungen vom Religionsunterricht und als Ausdruck vermehrter säkularer Gesamtsituation, auch als Spiegel der Pluralität der Gesellschaft. Die Schulen des DDR-Gebietes könnten entsprechend Art. 7(3) GG als „bekenntnisfrei“ (= weltanschauungslos) eingestuft werden (bzw. gemäß Art. 141 GG als Schulen, in denen vor 1949 andere Verhältnisse waren = vgl. Berlin und Bremen). Dem würde die Einführung eines Faches „Ethik“ entsprechen, das als ordentliches Lehrfach zu den Pflichtfächern gehören könnte und Ausdruck der erwarteten dialogischen Grundstruktur der zu gestaltenden Schule sein könnte ...“ (*Kommission für kirchliche Arbeit ... 1990*)

Schließlich wäre als Quelle noch die „Empfehlung zur Einführung eines Unterrichtsfaches *„Lebensgestaltung/Ethik“*“ in den Schulen ostdeutscher Länder zu nennen, die am 2. Oktober 1990 von der Kommission „Ethische Bildung“ beim Ministerium für Bildung und Wissenschaft unter Beteiligung von Vertretern der künftigen Länder verabschiedet wurde. (Veröffentlicht in *Empfehlung ... 1990*, S. 2–11, in *Volksinitiative Bildung* [2], S. 6–29, sowie in EGGERS 1991a, S. 31–42.)

2.2 Das Diskussionsangebot des Bildungsministeriums und der „Religionsstreit“ um die Brandenburger Schulen

Mitte Februar 1991 wurde den Kirchen und Religionsgemeinschaften des Landes Brandenburg durch das Bildungsministerium ein erstes Diskussionsangebot in Form von Arbeitsstandpunkten unterbreitet.

Das Papier bezieht sich auf die Aufgabe der Schule in Brandenburg, „einen Beitrag zur Befähigung der Heranwachsenden zu leisten, ein selbstverantwortetes Leben zu führen und ihre soziale Einsicht und Handlungsfähigkeit zu stärken. Dafür ist es auch notwendig, die jahrzehntelange Ausgrenzung von Fragen der individuellen Lebensbewältigung, von Angeboten pluralistischer Ethik und der Religion aus der Schule zu überwinden. Darüber hinaus ist auf die Herausforderungen zu reagieren, die durch ein Nebeneinander verschiedener Kulturen, Weltanschauungen und Religionen in einem sich vereinigenden Europa entstehen.“

Vorbehaltlich der erfolgreichen Durchführung einer 3jährigen Modellversuchsphase soll in allen öffentlichen Schulen als Pflichtfach „Lebensgestaltung-Ethik-Religion“ eingeführt werden. Bei den Zielstellungen wird u.a. hervorgehoben, daß das neue Fach helfen soll, religiöse Lebensformen zu verstehen. Der Charakter des Faches schließe eine geregelte Zusammenarbeit mit den regionalen Kirchen und Religionsgemeinschaften bei der Erarbeitung der Rahmenpläne, der Auswahl und Qualifizierung der Lehrer und an Schulversuchen notwendig ein. (Veröffentlicht als Anlage zu Doyé 1991, S. 312–314.)

Daß seitens der Kirchen die vom Bildungsministerium ausgestreckten Hände nicht ergriffen wurden, ist vielen, auch mir, bis heute unverständlich. Wurde doch die Mitwirkung an einem Experiment angeboten, das die Möglichkeit einräumen würde, in einem freien Diskurs viele

Schüler authentisch mit dem Christentum in seinen Konfessionen bekannt zu machen und so mitzuhelfen, jahrzehntelang gewachsene Defizite und Vorurteile abzubauen.

Die offensichtliche Widersprüchlichkeit im Verhalten der Kirchenleitung war für unseren Arbeitskreis, zu dem, wie schon erwähnt, auch engagierte Christen gehörten, Anlaß, zu einem *Runden Tisch* einzuladen, an dem zwar das Bildungsministerium und Vertreter von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften teilnahmen, nicht jedoch die beiden großen Kirchen. Die Teilnehmer am *Runden Tisch* sprachen sich nachdrücklich für einen *gemeinsamen* Unterricht der Schüler zu Fragen der Lebensgestaltung, der Ethik und der Religionen als notwendige Voraussetzung für die Entwicklung von gegenseitigem Verständnis, Toleranz und Gemeinsamkeit aus (vgl. *Gemeinsam leben lernen* [1] 1991, S. 9–10). Mit Befremden wurde eine schriftliche Stellungnahme der evangelischen Kirchenleitung zu Kenntnis genommen, in der auf zwei Seiten mit der Forderung nach einem herkömmlichen, konfessionellem Religionsunterricht dreimal auf den Artikel 7 Abs. 3 des Grundgesetzes und nicht ein einziges Mal auf die Bedürfnisse der Schüler und ihrer Eltern Bezug genommen wird. Sie schließt mit der lapidaren Forderung ab: „Die Finanzierung des schulischen Religionsunterrichts muß durch das Land Brandenburg gesichert werden.“ (Vgl. *Gemeinsam leben lernen* [1] 1991, S. 6–7.)

Der „Religionsstreit“ um die Schulen Brandenburgs fand in den Parteien, im Parlament und in der Öffentlichkeit statt, war in Presse, Rundfunk und Fernsehen ein bevorzugtes Thema. Die Mitglieder unseres Arbeitskreises waren nicht selten als Partner in kontroversen Diskussionen gefragt. Das Thema wurde zudem seit Mai 1991 und bis zur Etablierung des Modellversuchs im Frühjahr/Sommer 1992 in der regionalen und überregionalen Presse intensiv und ebenfalls kontrovers diskutiert. Zu erwähnen ist auch der – letztlich leider erfolglose – Versuch unseres Arbeitskreises, mit zu verhindern, daß konfessioneller Religionsunterricht in der Brandenburger Verfassung festgeschrieben wird, da dieses aus unserer Sicht den Handlungsspielraum des Modellversuches erheblich einschränken würde. In unserer Eingabe an den Verfassungsausschuß des Brandenburger Landtages hieß es dazu einleitend:

„Als Christen und religiös nicht gebundene Mitglieder unseres Arbeitskreises setzen wir uns mit allem Nachdruck dafür ein, daß in den Schulen Brandenburgs keine Trennung von Kindern und Jugendlichen nach Weltanschauungen und religiösen Bekenntnissen stattfindet, sondern die Schule vielmehr ihre Verantwortung für die Erziehung zu Toleranz, Gewaltfreiheit und Dialog zwischen Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen, politischer Auffassungen und Religionen, unterschiedlicher Kulturen und Lebensweisen in integrativer Form wahrnimmt ...“

Schließlich wird für Art. 30 der Verfassung vorgeschlagen: „Bekenntnis- und Weltanschauungsunterricht ist Sache der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Räume der Schule können dafür bei Bedarf zu Verfügung gestellt werden.“ (*Selbstbestimmt ...* 1991)

Im Oktober wurde durch das Bildungsministerium der Öffentlichkeit ein Grundsatzpapier vorgelegt, das die bisherige Diskussion aufnimmt und verbreitern helfen will (*Gemeinsam leben lernen* [2] 1991).

Die hartnäckige Weigerung der Kirchen, sich am Modellversuch zu beteiligen, wenn ihr nicht das „Recht“ eingeräumt wird, an den Schulen staatlich finanzierten Religionsunterricht durchzuführen, flankiert von wiederholten Drohungen der CDU mit einer Verfassungsklage, führte im November zu dem Kompromißvorschlag der Brandenburger SPD, „in allen brandenburgischen Klassen der Sekundarstufe I und II (ab Klasse 7) solle mit Beginn des Schuljahres 1992/93 das Birlhlersche Modellfach gelehrt“ und den Kirchen durchaus die Möglichkeit für einen eigenen konfessionellen Religionsunterricht in eigener Verantwortung eingeräumt werden (SPD ... 1991).

Tragend wurde dann jedoch ein anderer Kompromißvorschlag seitens der Landesregierung: Beteiligung der Kirchen am Modellversuch bei gleichzeitiger Durchführung konfessionellen Religionsunterrichtes an der gleichen Anzahl Schulen an ca. 20 Schulen.

Dieser Vorschlag führte zum (scheinbaren) Einlenken der Kirchenleitung. Auf der Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg im November 1991 wurde dem Modellversuch gegenüber Offenheit erklärt – im Punkt 3 des maßgeblichen Beschlusses und nach Erfüllung von vier Bedingungen. Im Punkt 1 des Beschlusses wird dagegen die Kirchenleitung unter Bezugnahme auf Art. 7 Abs. 3 des Grundgesetzes (Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach) von der Synode beauftragt, auf die Einführung von Religionsunterricht in der Sekundarstufe I hinzuwirken. „Die Einführung eines Alternativfaches (Ethik) ist mit dem Ziel der für alle Schülerinnen und Schüler geltenden Wahlpflicht anzustreben.“ (Synode ... 1991)

Im Klartext: Die Kirchenleitung erhält Vollmacht, wo immer es sich als möglich erweist, den Modellversuch, der gerade nicht die Trennung der Schüler nach Weltanschauungen bzw. Konfessionen will, wenn es um existentiellen Fragen geht, zu Fall zu bringen, natürlich nicht ohne Bedauern.

Ob dies gelingt, wird wesentlich davon abhängen, welche Resonanz der Modellversuch bei den Schülern, Eltern, Lehrern und in der Öffentlichkeit findet. Für mich scheint nach den ernüchternden Erfahrungen mit einer auf ideologische Macht und Geld versessenen Kirche (besser: Kirchenbürokratie) unabdingbar, ihre Zugriffsrechte auf den Modellversuch auf das Notwendigste einzuschränken. Zum Beispiel schon durch die Veränderung des Namens (Lebensgestaltung-Ethik-Religionen bzw. -Religionskunde, oder besser: Lebensgestaltung und Ethik). Das Konzept würde etwas ärmer. Aber dies wäre immer noch einem vorprogrammierten Scheitern des Versuches vorzuziehen.

Ein Scheitern hätte nicht nur für Brandenburg Bedeutung. Nicht von ungefähr erfährt das Vorhaben des Modellversuches von den ersten öffentlichen Äußerungen an auch Unterstützung aus den alten Bundesländern, in denen von einigen Religionspädagogen schon seit Jahren die Reformierung des konfessionellen Religionsunterrichts in Richtung auf einen allgemeinbildenden, vom Bildungsauftrag der Schule her verantwortbaren Unterricht gefordert wird.

2.3 Anregungen und Ermutigungen Brandenburgs aus den alten Bundesländern

Das Nachdenken über Alternativen zum konfessionellen Religionsunterricht setzte in den alten Bundesländern bereits Ende der 60er Jahre im Zusammenhang mit den großen Abmeldewellen vom RU ein. Die von den Kirchen initiierte Einführung des Ersatzfaches Ethik bremste den Abmellestrom zwar, löste aber keinesfalls das Problem (vgl. dazu auch OTTO 1986 und BALTZ-OTTO/OTTO 1991).

Der evangelische Religionspädagoge WOLFGANG LANGER stellte 1972 fest:

„Der Grundsatz weltanschaulicher Neutralität des Staates erfordert keineswegs – wie manchmal behauptet wird, den völligen Ausschluß eines von den Kirchen mitbestimmten Unterrichts aus der öffentlichen Schule. Er kann sachgerechter auf eine Mitbeteiligung aller gesellschaftlich relevanten Gruppen mit unterschiedlichen Überzeugungen bei der Curriculumentwicklung und bei der Gestaltung der religiös-weltanschaulichen Komponente des schulischen Unterrichts hin ausgelegt werden. Das könnte dem Religionsunterricht das Odium eines ungerechtfertigten Privilegs der Kirchen nehmen und die Christen zu freien Gesprächspartnern bei dem auch in der Schule einzutübenden Dialog der Meinungen und Überzeugungen in einer weltanschaulich pluralen Gesellschaft machen.“ (S. 18)

Nach einer kritischen Bilanz des schulischen Religionsunterrichtes schlägt der katholische Religionspädagoge JOSEF BRECHTKEN Ende der 80er Jahre vor:

- „(1) Die Kirche sollte sich aus dem schulischen RU zurückziehen. Sie sollte dabei die Initiative ergreifen, weil der Staat dazu nicht in der Lage ist (Bindung durch die genannten Verfassungsbestimmungen).
- (2) Für den Ethik- oder Moralunterricht, der dann über den jetzt schon gegebenen Wahl- bzw. Ersatzmodus hinaus als normales, für alle bestimmtes Schulfach neu zu installieren wäre, sollte die Kirche soviel wie möglich von ihrem einschlägigen Gedankengut einzubringen versuchen. Dekalog, Bergpredigt, Doppelgebot, Gleichnis vom barmherzigen Samariter u.ä. (um nur Biblisches zu nennen) sind so wesentliche Stücke unserer moralisch-ethischen Tradition, daß darauf nicht verzichtet werden darf.
- (3) Die Kirche sollte in der Schule einen RU außerhalb des normalen Schulbetriebs anbieten, auf freiwilliger Basis für die wirklich Interessierten ...“ (1988, S. 782)

Der evangelische Religionspädagoge HANS STOCK verfaßt seinen Aufsatz „Religion in Freiheit kennenlernen: Quergedanken zur Bildungsreform in den Ländern“ (1991) mit direktem Bezug auf unsere Situation und schlägt die Einrichtung eines nichtkonfessionellen Orientierungsunterrichts über Konfessionen und Traditionen mit dem Namen „Orientierung und Gespräch über Religion und Ethik“ vor. Die Einrichtung eines solchen Unterrichts würde berücksichtigen, daß die Mitgliederzahlen der Kirchen beständig abnehmen und zumal in den neuen Ländern nur eine Minderheit ausmachen. „Aber der Status einer allgemeinen Unwissenheit ist unhaltbar. Ihn zu verändern, hat nichts mit Mission und Bekenntnis zu tun, um so mehr aber mit Bildung, geistiger Mitverantwortung und Chancengleichheit“ (vgl. STOCK 1991, S. 27–30). Auch die evangelischen Religionspädagogen GERT OTTO und JÜRGEN LOTT haben sich in letzter Zeit mehrfach für einen nichtkonfessionellen Religionsunterricht eingesetzt und den Brandenburger Modellversuch nachdrücklich unterstützt (BALTZ-OTTO/OTTO 1991, OTTO 1992; LOTT 1991a,b). Nach LOTT habe Schule nicht „kompakte“ religiöse bzw. weltanschauliche Systeme bei den Schülern zu befestigen, sondern ihnen zu helfen, ihre religiösen bzw. weltanschaulichen Vorstellungen durch Ideologiekritik, durch Aufdeckung der Interessengebundenheit gesellschaftlich verbreiteter Ideen komplexer zu entwickeln. Dafür sei die Auseinandersetzung mit den „Exklusivansprüchen“ religiöser und weltanschaulicher Traditionen, ihrer absurden Anmaßung absoluter Offenbarung, ihre Weigerung, Relativität zu tolerieren, besonders geeignet (*Engagement ...* 1992).

3. *Zu guter Letzt: Die Bedürfnisse der von Schule Betroffenen*

Ich halte es angesichts der von *allen* Seiten eingestandenen hohen Sensibilität hinsichtlich weltanschaulicher und religiöser Fragen im Schulwesen der neuen Länder für bildungspolitisch und pädagogisch unverantwortlich, Entscheidungen in dieser Hinsicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg und ohne hinreichende Beachtung der spezifischen historischen Situation zu fällen. Das genau ist jedoch in den neuen Ländern, mit Ausnahmen Brandenburgs, geschehen.

Mit unseren bescheidenen Möglichkeiten als Arbeitsgruppe der „Volksinitiative Bildung“ haben wir im Herbst 1990 über zwei Zeitschriften versucht, ein Meinungsbild von Eltern, Lehrern und Schülern zu ermitteln, das – bei allen berechtigten Einwänden hinsichtlich der Methodik – u.E. die Befindlichkeiten doch gut abgebildet hat:

Die Ergebnisse haben wir seinerzeit auch den Kultusministern der neuen Länder mit dem Vorschlag übermittelt, länderspezifische und vergleichbare repräsentative Erhebungen durchzuführen, ehe bildungspolitische Entscheidungen gefällt werden, worauf wir nicht einmal eine Empfangsbestätigung erhielten.

Was heute bleibt, ist die mögliche Untersuchung der Akzeptanz der getroffenen Entscheidungen, der Motive der Eltern für die Entscheidung, in welchen Unterricht sie ihre Kinder schicken, und die Bewertung von Alternativen.

Ich vermute sicher richtig, daß man sich vor solcherlei Untersuchungen erst recht verschließen wird. Die Befunde könnten allzuviel Unzufriedenheit stiften.

Literatur

Anlage 2 zu einer innerkirchl. Vorlage A 2303-1 – 2437/90 (liegt dem Autor dieses Beitrags vor).

BALTZ-OTTO, U./OTTO, G.: Zum Religionsunterricht in den alten und neuen Bundesländern. Beiträge zur gegenwärtigen Diskussion. In: *Theologia Practica* 26(1991)1, S. 4–22.

BIRTHLER, M.: Landschaftsgestaltung. Marianne Birthler, Bildungsministerin in Brandenburg, zur Neuformierung der Bildungslandschaft in der Ex-DDR. In: *Bündnis* 2000, 1(1990)2, S. 2.

BRECHTEN, J.: Ist der schulische Religionsunterricht noch zu retten? In: *Katechetische Blätter* 113(1988)11, S. 776–778.

DANG, K.: Für die Kinder und Jugendlichen. Bericht über Bemühungen um die Einführung eines Unterrichtsfaches „Lebensgestaltung“ an den Schulen der neuen Bundesländer. In: *die zeichen der zeit*. Ev. Zeitschrift für Mitarbeiter der Kirche 44(1991)2, S. 59–62.

DOYÉ, G.: „Lebensgestaltung/Ethik/Religion“ – ein Unterrichtsfach für alle? Anmerkungen zu einem Vorschlag aus dem Land Brandenburg. In: *Die Christenlehre* (1991)7, S. 308–314.

EGGERS, G.: Religion, Ethik und Lebensgestaltung als Inhalte schulischer Bildung: Entwicklungen und Probleme in den neuen Bundesländern und Berlin (Ost). In: „Herausforderung Ethikunterricht“: Ethik, Werte und Normen als Ersatzfach in der Schule. (Vorträge und Diskussionen des gleichnamigen Symposiums im Rahmen des Kongresses der Deutschen Vereinigung für Religionsgeschichte am 7. März 1991 in München „Grundwerte menschlichen Verhaltens in den Religionen“). Hrsg. v. H. Zinser. Marburg 1991, S. 39–52.

EGGERS, G.: „Lebensgestaltung/Ethik“: Empfehlung eines neuen Unterrichtsfaches in den ostdeutschen Bundesländern. In: *Pädagogikunterricht* 11(1991)1, S. 26–43 (1991a).

EGGERS, G.: Lebensgestaltung-Ethik-Religion: Modellversuch zu einem neuen Lernbereich und Fach im Land Brandenburg. In: *Schulverwaltung – Ost* 1(1991)10, S. 203–206 (1991b).

Empfehlung zur Einführung des Unterrichtsfaches „Lebensgestaltung/Ethik“ in den Schulen der ostdeutschen Länder. In: *Geschichte Erziehung Politik*. Beilage 6/90.

Engagement für Lebensbildung. Protokollband einer Tagung vom 15.2.1992 in Berlin. 1992. (Kann über den Autor dieses Beitrags kostenlos bezogen werden.)

Gemeinsam leben lernen [1]: Der Brandenburger Modellversuch zum Lernbereich „Lebensgestaltung/Ethik/Religionen“. In: Beilage zum Heft 6/1991 der Zeitschrift *Geschichte Erziehung Politik*, S. 2–10.

Gemeinsam leben lernen [2]: Modellversuch des Landes Brandenburg zu einem neuen Lernbereich und Unterrichtsfach „Lebensgestaltung-Ethik-Religion“. Grundsatzpapier für die öffentliche Diskussion. Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg. Potsdam, Oktober 1991, Umfang 8 S.

Kommission für kirchliche Arbeit mit Kindern und Konfirmanden des BEK: Diskussionspapier, das am 7.4.1990 von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zustimmend zu Kenntnis genommen worden ist. Es wurde den Gliedkirchen als wichtiges Material für die Weiterarbeit empfohlen (so der Kopf des Papiers). Umfang: 4 S.

LANGER, W.: Konfessioneller Religionsunterricht. In: *Religionspädagogisches Werkbuch*. Frankfurt/Main 1972, S. 15–21.

LOTT, J.: Reform (West) und Einführung (Ost). Ein Plädoyer für einen anderen, nichtkonfessionellen Religionsunterricht. In: *Frankf. Rundschau* vom 6. Juni 1991 (1991a).

LOTT, J.: „Reli“, Ethik und ein Kirchenstreit. Was wird aus der brandenburgischen Alternative zum Konfessionsunterricht. In: *Frankf. Rundschau* vom 7. November 1991 (1991b).

LOTT, J.: Religion – Weltanschauung – Schule. 10 Thesen zur ideologiekritischen Dimension von Bildung. In: *Engagement für Lebensbildung* (1992).

OTTO, G.: „Religion“ contra „Ethik“? Religionspädagogische Perspektiven. Neukirchen-Vluyn 1986.

OTTO, G.: Religionskunde in der Schule. Konfessioneller Unterricht ist ein Anachronismus. In: *Ev. Kommentare*. Monatsschrift zum Zeitgeschehen in Kirche und Gesellschaft (1992)1, S. 31–34.

„Religionskunde“ keine Alternative zur Christenlehre. In: *Die Christenlehre* 43(1990)7.

ROEBER, K.: Religion kann man nicht unterrichten. In: *Dt. Lehrerzeitung* 32/90.

Selbstbestimmt Entscheidungen treffen. Verfassungsdiskussion zum Religionsunterricht im Land Brandenburg? In: *Dt. Lehrerzeitung* 35/91.

SPD schlägt Kompromiß zu Religionsunterricht vor. In: *Tagesspiegel* vom 6. November 1991.

STOCK, H.: Religion in Freiheit kennenlernen. Quergedanken zur Bildungsreform in den Ländern. In: Lutherische Monatshefte 30(1991)1, S. 4–21.

Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg: Vorlage des Tagungsausschusses Kinder, Jugend und Schule zum Brief von Ministerpräsident Stolpe vom 12.11.1991 (Religionsunterricht). Drucksache 183, Umfang: 2 S.

Volksinitiative Bildung [1]: Lebensgestaltung – Prinzip der Allgemeinbildung und Unterrichtsfach in einer erneuerten Schule. Berlin 1990, Umfang: 95 S. (Auch in: Bildungswesen aktuell 24/1990).

Volksinitiative Bildung [2]: Das neue Unterrichtsfach Lebensgestaltung/Ethik – Empfehlung und Beiträge zur Erarbeitung der Rahmenrichtlinien. Berlin 1990, Umfang: 104 S. (auch in: Bildungswesen aktuell 25/1990.)

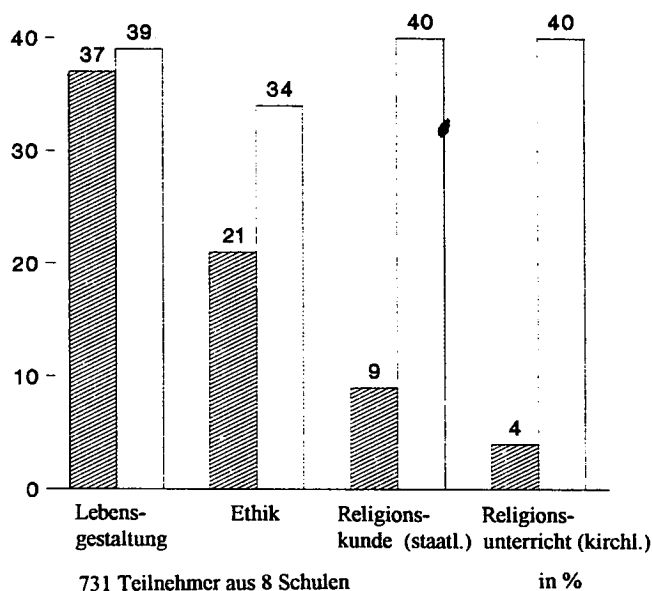
Vorläufige Lehrplanhinweise [1] für das Fach Evangelische Religion an den Grundschulen, Regelschulen und Gymnasien in Thüringen. Thüringer Kultusministerium 1991.

Vorläufige Lehrplanhinweise [2] für die Grundschule: Katholische Religion. Thüringer Kultusministerium 1991.

Anschrift des Autors

Gerd Eggers, Egon-Erwin-Kisch-Str. 53, O-1095 Berlin.

WÜNSCHE VON SCHÜLERN, ELTERN UND LEHRERN
 aus der Umfrage von "Geschichte Erziehung Politik" 9/90



ELTERNWÜNSCHE aus der Umfrage "Elternhaus und Schule" 10/90

